

## **Festlegung von Lohnuntergrenzen – tariflich oder gesetzlich**

***Olaf H. Bode, Dipl.-Oec.***

*Fontys International Business School Venlo, The Netherlands*

***Frank Brimmen, M.A., MBA***

*Fontys International Business School Venlo, The Netherlands*

***Ute Redeker, bc., MBA***

*GOB Software & Systeme, Krefeld, Deutschland*

ABSTRACT Der vorliegende Artikel befasst sich mit den Auswirkungen einer Mindestlohneinführung. Viele Indikatoren weisen darauf hin, dass sich die deutsche Wirtschaft nach der schweren weltweiten Wirtschaftskrise des Jahres 2008 erholt hat. So steht Deutschland auch in der aktuell schwierigen Situation Europas gut da. Die Einführung eines Mindestlohns könnte die durch die Lohnzurückhaltung der letzten Jahre gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Während ein moderater Mindestlohn den Marktmechanismus höchsten nur marginal beeinträchtigen würde und somit als unkritisch angesehen werden kann, hätte ein zu hoher Mindestlohn sehr negative Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit und hätte einen Anstieg der Arbeitslosenquote als Folge.

KEYWORDS: Anomale Angebotsfunktion, Arbeitslosigkeit, Arbeitsmarkt, Mindestlohn, Rationalisierungs- und Substitutionseffekte, volkswirtschaftliches Arbeitsmarktmodell

### **Einleitung**

Die gewerkschaftsnahe Hans Böckler Stiftung veröffentlichte im Jahr 2010 eine Studie, die belegt, dass sich ca. 70 % der Bevölkerung Deutschlands für einen gesetzlichen Mindestlohn aussprechen (vgl. Hans Böckler Stiftung, 2010). Auch Michael Hüther, der Direktor des IW (Instituts der deutschen Wirtschaft) in Köln, stellt fest, „Die Realität heißt Mindestlohn“ (Hüther, M., 2010). Trotz mehrheitlicher Zustimmung in der Bevölkerung, wird das Thema weiterhin kontrovers diskutiert und ist nun schon seit einigen Jahren ein fester Bestandteil in der politischen Landschaft.

Der folgende Artikel konzentriert sich auf die ökonomischen Aspekte einer Mindestlohneinführung. Um die Auswirkungen eines eingeführten Mindestlohns darzustellen, wird ein makroökonomisches Vier-Quadranten-Modell herangezogen. Bei der Analyse wird ein positiver Effekt auf die Nachfrage

der privaten Haushalte unterstellt, der von vielen Mindestlohnbefürwortern als Argument angeführt wird. Zur Hinführung in die komplexe Thematik, wird im nachfolgenden Kapitel zunächst ein Überblick über den Arbeitsmarkt und das volkswirtschaftliche Arbeitsmarktmodell gegeben.

### **Der Arbeitsmarkt**

Der Arbeitsmarkt ist ein besonderer Markt. Allein die Tatsache, dass es sich um einen Faktormarkt handelt und er daher mit den anderen Märkten sehr eng verflochten ist, sorgt für eine exponierte Stellung. Die unterschiedlichen Aspekte, die für den Arbeitsmarkt und damit für die Arbeitsmarktpolitik von Belang sind, werden im Folgenden charakterisiert. In einem zweiten Schritt wird die Besonderheit von theoretischen Arbeitsmarktmodellen kurz umrissen. Gesamtwirtschaftlich gesehen können vom Arbeitsmarkt sowohl Wachstums- als auch Konjunkturimpulse ausgehen. Daneben hat Arbeit auch eine soziale und eine politische Komponente (vgl. Bode, O. H.; Lehmann, C.; Redeker, U., 2011, S. 199).

Ein überregulierter Arbeitsmarkt kann negative Effekte auf das Wirtschaftswachstum haben. Gesetze, die die Arbeitnehmer schützen sollen, können Unternehmen daran hindern, bei zunehmenden Auftragseingängen, neue Arbeitnehmer einzustellen. Hier gilt es von Seiten der Politik, eine gute Balance zwischen den Arbeitnehmerrechten und Arbeitnehmerinteressen auf der einen und den Anforderungen des Arbeitsmarktes auf der anderen Seite zu finden (vgl. Ibid. S. 138 f.).

Die konjunkturellen Aspekte der Arbeit liegen auf der Hand. Arbeitslosigkeit bedeutet, dass Produktionspotential der Wirtschaft brachliegt. Konjunkturelle Schwächephasen werden so definiert, dass das Produktionspotential einer Wirtschaft zu einem Großteil nicht ausgeschöpft wird bzw.  $Y^{Pot}$  und  $Y$  weit auseinander liegen. Ferner dient Arbeit zur Generierung von Einkommen. Ein hoher Beschäftigungsstand bedeutet daher ein hohes gesamtwirtschaftliches Einkommen und somit eine potentiell hohe Nachfrage (vgl. Bode, O. F., 2000, S. 132.).

Der soziale Aspekt beruht darauf, dass Arbeit nicht nur mit Einkommenserwerb gleichzusetzen ist. Für viele Arbeitnehmer ist Arbeit auch eine Form der Selbstverwirklichung und der Selbstbestätigung. Studien der Glücksforschung ergaben, dass die „...seelischen Folgen eines Arbeitsplatzverlustes [...] von Ökonomen bislang stark unterschätzt“ (Frey, B., 2005, S. 18) wurden. Das persönliche Glücksempfinden eines Individuums wird maßgeblich davon beeinflusst, ob diese Person eine Beschäftigung hat oder nicht. Je mehr Personen arbeitslos sind, desto unglücklicher ist die Gesamtgesellschaft. Dies kann zu Demotivation und sogar zu Arbeitsplatzangst in Teilen der Bevölkerung führen,

die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen. Daraus ergeben sich wiederum Konsumzurückhaltung und eine Erhöhung der Sparquote sowie ein Rückgang des Inlandsproduktes (vgl. Bode, O. H.; Lehmann, C.; Redeker, U., 2011, S. 200).

Es gibt aber auch Untersuchungen, die von einer umgekehrten Ursache-Wirkungs-Beziehung zwischen persönlichem Glücksempfinden und Arbeitslosigkeit ausgehen. So gibt es durchaus Anzeichen dafür, dass unglückliche Personen am Arbeitsplatz und am Arbeitsmarkt negativer wahrgenommen werden als glückliche Personen, so dass unglückliche Menschen schneller ihre Arbeit verlieren und es schwerer haben, eine neue Anstellung zu finden (vgl. hierzu ausführlicher: Winkelmann, L.; Winkelmann, R., 1998, S. 2).

Das Anspruchsniveau von Personen hängt maßgeblich vom Umfeld ab. Menschen neigen dazu, sich mit dem Umfeld zu vergleichen. Dies führt dazu, dass in reichen Nationen die Grundversorgung viel weiter definiert wird als in ärmeren Ländern (vgl. Frey, B.; Stutzer, A., 2002, S. 411). Auf den deutschen Arbeitsmarkt übertragen bedeutet dies, dass es einer spezifisch deutschen Definition bedarf, was als angemessen zu betrachten ist und was nicht. Dies gilt für die Lohnhöhe, aber auch für die Arbeitsbedingungen.

Obwohl dieser Aspekt stark national ausgerichtet ist, hat er natürlich auch internationale Auswirkungen. Dies gilt im besonderen Maße für Deutschland als eines der größten Exportnationen. Die in Deutschland gesetzten Arbeitsmarktstandards beeinflussen die Preise deutscher Exportgüter und somit die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Güter, deutscher Unternehmen und Deutschlands als Ganzes.

In den letzten Jahren gab es in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten eine relative Lohnzurückhaltung. So erhöhte sich der Arbeitskostenindex für Deutschland zwischen dem ersten Quartal 2005 und dem vierten Quartal 2011 lediglich um 11,6 %. Dies ist der geringste Anstieg aller EU-Mitgliedsstaaten für die diese Statistik geführt wird. Nur Malta erreicht mit einer Steigerung von 12,7 % für diesen Zeitraum einen vergleichbaren Wert.

Diese Lohnzurückhaltung der deutschen Arbeitnehmer kommt nun der deutschen Wirtschaft zugute. So ist die Industrieproduktion in Deutschland im Jahr 2011 gestiegen. Der saisonbereinigte Produktionsindex stieg für Deutschland von Januar bis Dezember 2010 um 0,8 Prozentpunkte. Damit gehört Deutschland zu den wenigen Ländern, deren Produktionsindex gestiegen ist. Der Durchschnitt der EU27 lag bei -1,01 Prozentpunkten.

Deutschland ist die einzige große EU-Volkswirtschaft, die in diesem Zeitraum ein solches Wachstum aufweisen kann. Die anderen EU-Mitglieder, die ebenfalls zu den G7-Staaten zählen, fallen mit ihren Werten (Vereinigtes Königreich: -3,01 PP, Frankreich -3,77 PP und Italien -1,30 PP) gegenüber Deutschland deutlich ab.

**Tabelle 1. Veränderung des Arbeitskostenindex in Europa in % (Q1/2005 – Q4/2011)**

Belgien	22,30%	Niederlande	18,90%
Bulgarien	114,10%	Österreich	25,50%
Dänemark	22,90%	Polen	46,70%
Deutschland	11,60%	Portugal	18,70%
Estland	72,30%	Rumänien	140,50%
Finnland	-	Schweden	19,00%
Frankreich	23,30%	Slowakei	38,00%
Griechenland	-	Slowenien	31,00%
Irland	-	Spanien	25,90%
Italien	19,40%	Tschechische Republik	-
Lettland	112,90%	Ungarn	43,40%
Litauen	65,10%	Vereinigtes Königreich	21,40%
Luxemburg	23,10%	Zypern	26,40%
Malta	12,70%		

*Eigene Berechnung nach: Eurostat.de, 2012*

Das kräftige Wachstum der letzten Jahre wird zu einem Großteil durch den Automobilexport nach China getragen. Die Automobilnachfrage ist in diesem Markt stark expansiv. Dabei hat das Wachstum in Deutschland auch positive Auswirkungen auf Polen, Tschechien und die Slowakei, da diese Länder in der Automobilproduktion eng mit Deutschland vernetzt sind (vgl. Financial Times Deutschland, 2010a, S. 14).

**Tabelle 2. EU-Vergleich: Veränderung des Produktionsindex\* in PP (12/2005 - 12/2011)**

Belgien	2,04	Niederlande	1,20
Bulgarien	-3,09	Österreich	13,90
Dänemark	-16,20	Polen	43,70
Deutschland	8,10	Portugal	-15,90
Estland	9,30	Rumänien	25,90
Finnland	-2,30	Schweden	-2,70
Frankreich	-9,10	Slowakei	44,20
Griechenland	-26,21	Slowenien	-1,40

Irland	12,90	Spanien	-22,27
Italien	-13,80	Tschechische Republik	17,39
Lettland	3,04	Ungarn	5,80
Litauen	5,20	Vereinigtes Königreich	-11,30
Luxemburg	-18,51	Zypern	-14,33
Malta	-5,02		

\*) Produktionsindex für die gesamte Industrie ohne Baugewerbe, saisonbereinigt.

### Eigene Berechnung nach: Eurostat, 2012

Die Deutsche Bundesbank wies im Jahre 2010 darauf hin, dass die stark angestiegene Industrieproduktion ihrerseits positive Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt hat (vgl. Bundesbank, 2010, S. 5 ff.).

Dieser Erfolg der deutschen Wirtschaft ruft in anderen Ländern starke Kritik hervor. So warf Christine Lagarde, die damalige französische Finanzministerin, in einem Interview der Financial Times Lohndumping vor. Deutschland sollte nach Meinung von Christine Lagarde dem europäischen Ungleichgewicht bei Exporten durch expansive Lohnpolitik entgegenwirken: „Clearly Germany has done an awfully good job in the last 10 years or so, improving competitiveness, putting very high pressure on its labour costs. When you look at unit labour costs to Germany, they have done a tremendous job in that respect. I’m not sure it is a sustainable model for the long term and for the whole of the group. Clearly we need better convergence.“ (Financial Times, 2010)

Dieses Zitat führt zum **politischen Aspekt** des Arbeitsmarktes, denn Erfolge auf dem Arbeitsmarkt kommen der Regierung zugute und eine schlechte Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird der Regierung angelastet. Es macht also aus Sicht der französischen Regierung politisch Sinn, die Schuld an der schlechteren wirtschaftlichen Lage Frankreichs auf den deutschen Nachbarn, der sich – aus französischer Sicht – unfair verhält, zu schieben.

Generell ist die Versuchung für Politiker groß, etwa aus wahltaktischen Gründen auf dem Arbeitsmarkt zu intervenieren. Hierzu gibt es eine Vielzahl von empirischen Beispielen. Solches Politikerverhalten ist Untersuchungsgegenstand der Neuen Politischen Ökonomie (NPÖ, auch als Public Choice bekannt). Sie stellt eine Ausdehnung von ökonomischen Analysen auf das Gebiet der Politik dar. William D. Nordhaus entwickelte auf der Basis der NPÖ seine Theorie von politischen Konjunkturzyklen, die er erstmals 1975 veröffentlichte (vgl. hierzu ausführlich: Nordhaus, W. D., 1975, S. 169 ff.). Heute unterscheidet man zwei Arten von Modellen bewusst induzierter politischer Konjunkturzyklen. Steht das persönliche Wiederwahlinteresse der Politiker im Fokus, werden die politischen Konjunkturzyklen als opportunistisch bezeichnet. Verfolgen die Politiker unabhängig

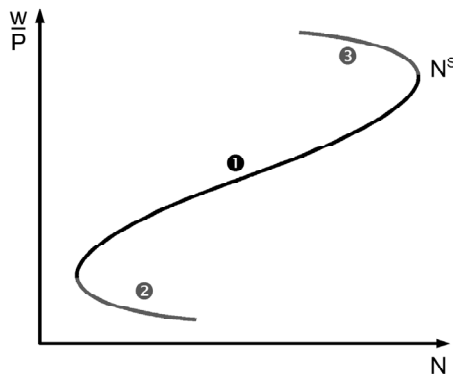
von Wahlen parteipolitische Interessen, wird von ideologischen Konjunkturzyklen gesprochen (vgl. Markwardt, G., 2008, S. 21 f.).

### Volkswirtschaftliches Arbeitsmarktmodell

Es wurde gezeigt, dass auf dem Arbeitsmarkt eine Vielzahl von Aspekten zu berücksichtigen ist. Trotzdem bleibt der Arbeitsmarkt ein Markt, auf dem Angebot und Nachfrage aufeinander treffen. Allerdings weichen die theoretischen Arbeitsmarktmodelle von denen normaler Märkte ab.

Zunächst muss festgehalten werden, dass bei den Arbeitsmarktmodellen die Arbeitgeber die Nachfrageseite bilden, sie fragen Arbeitskräfte nach, während die Arbeitnehmer die Anbieter auf dem Arbeitsmarkt sind.<sup>28</sup> Auf die Arbeitsnachfragefunktion der Arbeitnehmer muss hier nicht weiter eingegangen werden. Da sie negativ abhängig vom Preis der Arbeit, dem Reallohn, ist, verläuft sie entsprechend der üblichen Marktmodelle von links nach rechts fallend. Das bedeutet, mit steigendem Reallohn nimmt die Arbeitsnachfrage ab. Anders sieht dies bei der Arbeitsangebotsfunktion der Arbeitnehmer aus, hier handelt es sich im Vergleich zu den Modellen von Gütermärkten um eine anomale Angebotsfunktion ( $N^S$ ). Zur weiteren Erläuterung wird sie in drei Bereiche eingeteilt (vgl. Koch, W. A.; Czogalla, C.; Ehret, M., 2008, S. 293 f.).

Abbildung 1. Anomale Angebotsfunktion auf dem Arbeitsmarkt



In Anlehnung an: Koch, W. A.; Czogalla, C.; Ehret, M., 2008, S. 294

28 Dies ist eine genaue Umkehr des üblichen Sprachgebrauchs. Normalerweise wird davon gesprochen, dass Arbeitgeber Arbeitsplätze anbieten.

(❶) Auch das Arbeitsangebot ist von der relativen Vorteilhaftigkeit abhängig. Dies bedeutet, dass mit zunehmendem Reallohn Arbeit als vorteilhafter angesehen und somit verstärkt angeboten wird. In diesem mittleren Bereich verläuft die Arbeitsangebotsfunktion wie eine normale Angebotsfunktion auf einem Gütermarkt von links nach rechts steigend (vgl. *Ibid.*, S 293).

(❷) Im unteren Verlauf der Angebotsfunktion weicht das Verhalten der Anbieterseite vom üblichen Anbieterverhalten ab, die Funktion verläuft anomal. Die Arbeitnehmer sind i. d. R. davon abhängig, auf dem Arbeitsmarkt ein Einkommen zu erzielen. Einkommensverluste durch sinkende Löhne können von der weit überwiegenden Mehrheit der Arbeitnehmer nicht durch Einkünfte, die durch die beiden anderen Produktionsfaktoren Kapital und Boden generiert werden, kompensiert werden. Dies führt zu dem Umstand, dass die Arbeitnehmer bei sinkenden Löhnen ab einem bestimmten Punkt beginnen, ihr Arbeitsangebot auszuweiten, um ihren Lebensstandard bzw. ihr Auskommen zu sichern. Damit hat die Angebotsfunktion einen Ast, der einen Verlauf aufweist, wie er eigentlich für eine Nachfragefunktion typisch ist. Das Angebot wird also bei sinkenden Preisen erhöht und nicht, wie es üblich wäre, reduziert. Dies kann zu einem Unterbietungsprozess der Arbeitnehmer führen, was von der Nachfrageseite, den Arbeitgebern, ausgenutzt werden kann (vgl. Bode, O. H.; Lehmann, C.; Redeker, U., 2011, S. 119). Dieser Ast der Angebotsfunktion wird häufig genutzt, um die Einführung von Mindestlöhnen theoretisch zu untermauern (vgl. Bode, O. F., 2000, S. 72 f.).

Der Vollständigkeit halber soll hier auch der letzte Bereich (❸) erläutert werden, dieser spielt aber für die Arbeitsmarktpolitik eine untergeordnete Rolle, weshalb er in vielen Marktmodellen gar nicht abgebildet wird. Dieser Verlauf der Arbeitsangebotsfunktion kann folgendermaßen erläutert werden. Die privaten Haushalte müssen ihre verfügbare Zeit zwischen Arbeitszeit und Freizeit aufteilen. Jede Arbeitszeitstunde bedeutet eine Stunde weniger Freizeit. Es besteht somit ein Trade off zwischen Einkommenserzielung und Konsum einerseits und Freizeit andererseits (vgl. Burda, M. C.; Wyplosz, C., 2009, S. 133 f.). Mit steigender Arbeitszeit wird Freizeit somit aus Sicht der Arbeitnehmer immer wertvoller. Zudem nimmt der Nutzenzuwachs durch Einkommenssteigerungen immer weiter ab, so dass Arbeitnehmer, die bereits über ein hohes Einkommen verfügen, mit steigendem Reallohn ihr Arbeitsangebot nicht weiter ausdehnen sondern verringern (vgl. Koch, W. A.; Czogalla, C.; Ehret, M., 2008, S. 293).

### **Mindestlöhne und Arbeitsmarkteffekte**

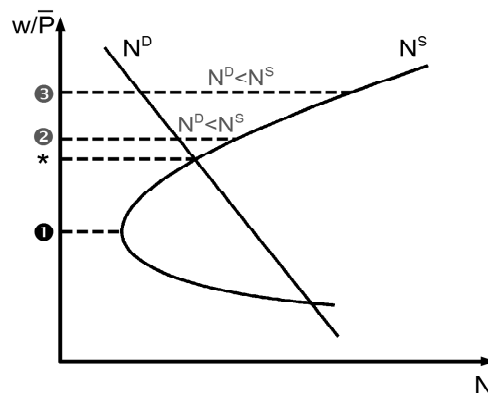
Selbstverständlich ist die aktuelle Debatte über eine Mindestlohneinführung ebenfalls im Kontext des vorangegangenen Kapitels eingebettet. Auch in dieser Diskussion überlagern sich konjunkturelle, Wachstums-, soziale und politische Aspekte. Der Fokus soll im Folgenden aber auf die wirtschaftlichen Aspekte

gerichtet sein. In einem ersten Schritt sollen zunächst die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt isoliert betrachtet werden. Danach erfolgt eine gesamtwirtschaftliche Analyse anhand eines 4-Quadranten-Schemas.

Ein Mindestlohn ist mit der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik nicht nur kompatibel, er wird von Walter Eucken, der die theoretische Basis der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung entwickelte, ausdrücklich gefordert. Eucken schrieb: „So bedarfes gewisser regulierender Prinzipien, deren Anwendung geboten ist, um die Wettbewerbsordnung funktionsfähig zu erhalten.“ (Eucken, W. 1952/90, S. 291) Als viertes regulierendes Prinzip fordert er Mindestpreise auf Märkten mit anomaler Angebotsfunktion, wobei er sich in seinen Ausführungen vornehmlich auf den Arbeitsmarkt bezieht (vgl. Ibid., S. 304).

Mindestlöhne sind Nominallöhne. Die Arbeitnehmer und Arbeitgeber richten sich aber an den Reallöhnen aus. Um die Komplexität zu reduzieren, wird bei den folgenden Ausführungen (siehe auch Abb. 2 Mindestlohn und Arbeitslosigkeit) das Preisniveau konstant gehalten. Es gilt  $P = \bar{P}$ . Somit führen Nominallohnänderungen in der Darstellung immer auch zu entsprechenden Reallohnänderungen. In späteren Darstellungen wird diese Annahme fallengelassen.

Abbildung 2. Mindestlohn und Arbeitslosigkeit



eigene Darstellung

Wird der Mindestlohn installiert, um den unteren anomalen Ast der Arbeitsangebotsfunktion auszuschalten, würde es ausreichen, wenn der Mindestlohn die Höhe ❶ hat. Da der Unterbietungsprozess auf der Arbeitnehmerseite erst einsetzen würde, wenn der Reallohn unter diese Marke sinkt, wird verhindert, dass die Arbeitgeberseite eine Schmutzkonzurrenz unter den Arbeitnehmern zu eigenen

Gunsten ausnutzen kann. In der Realität wäre es natürlich sehr schwierig, diese Höhe genau zu bestimmen. Allerdings wären *ceteris paribus* alle Mindestlöhne unkritisch, die zwischen dem Gleichgewichtspreis (in der Abbildung gekennzeichnet mit  $\star$ ) und einem Mindestlohn in Höhe von ❶ liegen, wobei alle diese Mindestlöhne auch einen Unterbietungsprozess der Arbeitnehmer verhindern würden. Auf dem Markt würde sich bei diesen Mindestlöhnen immer der Gleichgewichtspreis einstellen.

Es ist aber wahrscheinlicher, dass ein Mindestlohn oberhalb des Gleichgewichtspreises fixiert wird. Hiervon kann ausgegangen werden, da in der aktuellen Diskussion ein Mindestlohn nicht gefordert wird, um einen Preiskampf auf der Arbeitnehmerseite zu verhindern, sondern weil die aktuellen Löhne als zu niedrig empfunden werden. Würde ein Mindestlohn die Höhe ❷ haben, wäre die Arbeitsnachfrage geringer als das Arbeitsangebot. Dieser Angebotsüberhang auf dem Arbeitsmarkt wird auch als Mindestlohnarbeitslosigkeit bezeichnet.

Das Dilemma eines Mindestpreises auf dem Arbeitsmarkt besteht darin, dass er zwar die Arbeitnehmer vor Schmutzkonkurrenz bzw. vor einem Unterbietungsprozess untereinander schützt, wenn er aber zu hoch angesetzt wird, Arbeitslosigkeit verursacht. Dabei gilt: Je weiter ein Mindestlohn oberhalb des eigentlichen Marktpreises liegt, umso größer ist auch der Angebotsüberhang, der dadurch entsteht. Dies wird ersichtlich, wenn die Angebotsüberhänge bei den Mindestlöhnen ❷ und ❸ miteinander verglichen werden (vgl. Bode, O. H.; Lehmann, C.; Redeker, U., 2011, S. 119 f.).

Solche verteilungs- und sozialpolitisch motivierten Mindestlöhne lehnt Eucken strikt ab. Er konstatiert, dass eine Einkommensverteilung über den Marktmechanismus als „ethisch-gleichgültigen Automatismus“ (Eucken, W., 1952/90, S. 300) zu Ergebnissen führt, die als ungerecht empfunden werden können. Dieser Verteilungsmechanismus ist aus seiner Sicht aber „immer noch besser [...] als die Verteilung auf Grund willkürlicher Entscheidungen privater oder öffentlicher Machtkörper“ (Ibid.). Eucken schlägt vor, die Primärverteilung, die sich auf den Märkten ergibt, nicht *ex ante* durch Lohnsetzungen zu beeinflussen. Er zieht es vor, eine Primärverteilung, die nicht dem sozial Wünschenswerten entspricht, durch eine progressive Einkommenssteuer zu korrigieren (vgl. Cassel, D.; Kaiser, C., 2000, S. 85). Die Korrektur erfolgt somit erst nach der Entstehung der Markteinkommen. Anders als ein Mindestlohn, der oberhalb des Gleichgewichtspreises liegt, würde der Marktmechanismus nicht ausgehebelt werden. Flankiert wird die progressive Einkommenssteuer dadurch, dass Haushalte, die kein oder ein zu geringes Markteinkommen erzielen, staatliche Transfereinkommen beziehen. Diese Umverteilungspolitik führt dann zur sog. Sekundärverteilung (vgl. Bode, O. F., 2000, S. 69 f.).

Es ist aber auch fraglich, ob ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland überhaupt notwendig ist. Ein Abrutschen der Löhne in diesen Bereich wird durch den faktischen Mindestlohn, der durch die Sozialhilfe bzw. durch das

Arbeitslosengeld II definiert wird, verhindert (vgl. Berthold, N.; Berchem, S., 2005, S. 11). Hans Werner Sinn umschreibt es so, dass der Sozialstaat quasi zu den privaten Unternehmen in Konkurrenz um gering qualifizierte Arbeitnehmer tritt. Dabei generiert der Staat dadurch, dass er für Nichtstun zahlt, Lohnansprüche, die von der privaten Wirtschaft nicht bedient werden können (vgl. Sinn, H. W., 2006). „Niemand arbeitet für weniger Geld, als der Staat unter der Bedingung, dass man nicht arbeitet, zur Verfügung stellt.“ (Sinn, H. W., 2008)

Auch Entgelte, die gering oberhalb dieser Leistungen liegen, werden es schwer haben, von Arbeitnehmern akzeptiert zu werden, da dem nur geringen Einkommenszuwachs beträchtliche Nutzeneinbußen in Form vom sog. Arbeitsleid in Kombination mit erheblich geringerer Freizeit entgegen stehen. So stellt sich für viele potentielle Arbeitnehmer der Nettonutzen einer Beschäftigung auch dann als negativ dar, wenn der Lohn oberhalb der Sozialtransfers liegt. Sinn bezeichnet die Sozialhilfe bzw. das Arbeitslosengeld II daher auch als eine Art „finanzielle Eiger Nordwand“, die für Unternehmen, die gering qualifizierte Arbeitnehmer beschäftigen möchten, nur sehr schwer zu bezwingen ist (vgl. Ibid.).

Werden nur die Arbeitsmarkteffekte isoliert betrachtet, so erscheint ein zusätzlicher gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland als nicht notwendig. Ein wichtiger Grund, der immer wieder von den Mindestlohnbefürwortern angebracht wird, ist, dass ein Mindestlohn positive Effekte auf die Konjunktur, auf Wachstum und Beschäftigung hätte. Zentrales Argument ist der erwartete Konsumanstieg, der durch die höheren Einkünfte der Geringverdiener induziert würde. Diese Argumentationskette soll im folgenden Kapitel mit einem üblichen 4-Quadranten-Schema überprüft werden.

### **Gesamtwirtschaftliche Aspekte einer Mindestlohneinführung**

Im Folgenden sollen die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Mindestlohneinführung dargelegt werden, wobei die Annahme der Befürworter, dass die Einführung eines Mindestlohnes zu einer Steigerung des privaten Konsums führt, in das Modell integriert wird. Dem Modell liegen nachfolgend angeführte Bedingungen zugrunde, wobei auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Gütermarkt von linearen funktionalen Zusammenhängen ausgegangen wird, was die grundsätzlichen Aussagen des Modells aber nicht beeinträchtigt.<sup>29</sup>

Das gesamtwirtschaftliche Angebot kann aus der gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion (Y) und der neoklassischen Beschäftigungsfunktion (N) abgeleitet werden.

---

29 In weiten Teilen lehnt sich die folgende Analyse an den Aufsatz ‚Das Mindestlohnparadoxon‘ von F. L. Sell und D. C. Reinisch (2010) an, wobei das Modell abgewandelt und um den zusätzlichen Aspekt von Rationalisierungs- und Substitutionseffekten erweitert wurde.

Die gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion wird bezeichnet als  $Y = Y(N, \bar{K})$ , dabei steht die Abkürzung  $\bar{K}$  für den Kapitalstock bzw. die Kapitalausstattung einer Volkswirtschaft.  $\bar{K}$  wird als zumindest kurzfristig konstant angesehen.

Die neoklassische Beschäftigungsfunktion hat die Annahme, dass der Beschäftigungsgrad einer Volkswirtschaft von der Höhe des Reallohnes abhängt. Somit gilt  $N = N(P, w)$ , wobei sich aus dem Quotienten des Nominallohnes ( $w$ ) und des Preisniveaus ( $P$ ) der Reallohn ergibt:

$$\text{Reallohn} = \frac{w}{P}$$

Werden die beiden Funktionen zur gesamtwirtschaftlichen Angebotsfunktion kombiniert, so führt dies zu folgendem funktionalen Zusammenhang:

$$Y = Y^S = Y^S(N, \bar{K}) = Y^S(P, w, \bar{K})$$

Die aggregierte gesamtwirtschaftliche Nachfragefunktion wird wie üblich definiert als:

$$Y^D = C + I + \bar{G} + (\mathcal{E} - \text{Im})$$

und ist somit von einer Vielzahl von Variablen abhängig. Der Staatsverbrauch ( $G$ ) wird im Folgenden aber als autonom und konstant angesehen. Es gilt somit  $G = \bar{G}$ . Der Konsum der privaten Haushalte ( $C$ ) teilt sich in den der Arbeitnehmerhaushalte und der Unternehmerhaushalte auf. Die Ausgangsgröße der Konsumausgaben der Arbeitnehmerhaushalte ist der nominale Bruttolohn, die der Unternehmerhaushalte bilden die Bruttogewinne ( $Q$ ), wobei das Volkseinkommen ( $Y$ ) die Summe aus nominalen Bruttolöhnen und nominalen Bruttogewinnen darstellt. Allerdings müssen die privaten Haushalte auch Steuern ( $T$ ) entrichten, was zu folgendem Zwischenfazit führt:

$$Y = (Q + w); C = C(Y - T).$$

Weitere Größen, die den Konsum der privaten Haushalte mitbestimmen, sind das Preisniveau, die Geldmenge ( $M$ ) und der Marktzins ( $r$ ). Private Haushalte sind nicht nur Nachfrager auf dem Gütermarkt, sondern ebenfalls auf dem Geldmarkt. Die Geldmenge und der Marktzins haben über die Kassenhaltung der privaten Haushalte Auswirkungen auf deren Konsumverhalten. So führt ein attraktiver Marktzins zu einer erhöhten Sparquote und damit *ceteris paribus* zu geringeren Konsumausgaben.

Es wird davon ausgegangen, dass das Geldangebot, die Geldmenge determiniert. Zudem gilt die Annahme, dass die Zentralbank das Geldangebot konstant hält. Somit bleibt auch die Geldmenge unverändert:  $M^s = \bar{M}^s \Rightarrow M = \bar{M}$ . Entscheidend ist

daher die reale Geldmenge, die sich aus dem Zusammenspiel von Geldmenge und Preisniveau ergibt.

Die Investitionsausgaben der Unternehmen (I) werden ebenfalls vom Marktzins aber auch von den Renditeerwartungen der Unternehmen ( $r^*$ ) bestimmt:  $I = I(r, r^*)$ . Der Außenbeitrag bzw. die Nettoexporte (NX) sind die Differenz zwischen Exporten (Ex) und Importen (Im):  $\overline{M} = \overline{E} - \overline{I}m$ .

Werden die vorangegangenen Aussagen bzgl. der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zusammengeführt, führt dies zur folgenden Aussage:

$$Y^D = Y^D(C, w, Q, T, P, \overline{M}, r, I, r^*, \overline{G}, \overline{M}).$$

Die aggregierte Arbeitsnachfragefunktion ( $N^D$ ) wird von der Höhe der Reallöhne und von der jeweiligen, kurzfristig konstanten Kapitalausstattung der Volkswirtschaft bestimmt. Das Arbeitsangebot der privaten Haushalte richtet sich am Reallohn aus, wobei im Folgenden nur der „normale“ Bereich der Arbeitsangebotsfunktion betrachtet werden soll. Die negative Abhängigkeit des Arbeitsangebotes von staatlichen Transferzahlungen an die privaten Haushalte (siehe Sinns Vergleich mit der Eiger-Nordwand) wird nicht weiter berücksichtigt:

$$N^D = N^D(w, P, \overline{K}); N^S = N^S(w, P, ).$$

Es soll davon ausgegangen werden, dass sich zunächst die Volkswirtschaft auf allen drei Makromärkten – Gütermarkt, Geldmarkt, Arbeitsmarkt – im Gleichgewicht befindet.

Ausgangspunkt der Betrachtung soll der Gütermarkt (❶) sein. Der Gütermarkt ist geräumt. Im Schnittpunkt der gesamtwirtschaftlichen Angebots- und der gesamtwirtschaftlichen Nachfragefunktion bilden sich das Gleichgewichtspreisniveau und das Gleichgewichtsinlandsprodukt heraus.

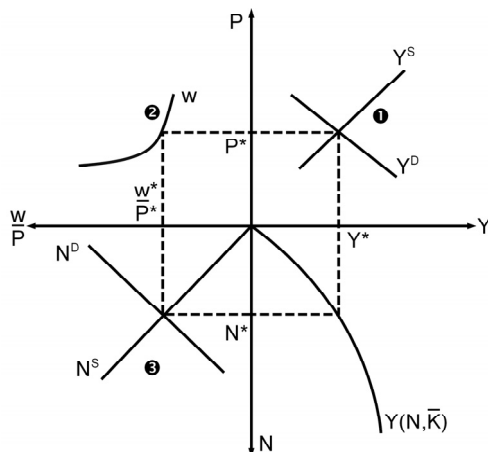
(❷) Der Nominallohn ( $w$ ) ist genauso hoch, dass er zu einem Gleichgewichtsreallohn führt. Dieser wiederum führt bei gegebenem Kapitalstock zu einer Markträumung auf dem Arbeitsmarkt (❸), also zu einem Beschäftigungsniveau  $N^*$ , bei dem es weder Arbeitslosigkeit noch Arbeitskräftemangel gibt.

Das Geldmarktgleichgewicht ist grafisch nicht dargestellt, könnte aber leicht über ein IS-LM-Modell<sup>30</sup> hergeleitet werden. Da der Geldmarkt einem vollkommenen Markt mit unendlicher Anpassungsgeschwindigkeit nahe kommt, ist er in der Lage, auf Veränderungen auf den anderen Makromärkten zu reagieren und findet rasch wieder ins Gleichgewicht. Impulse, die vom Geldmarkt durch

30 Die IS-LM-Modelle visualisieren Simultangleichgewichte auf dem Güter- und dem Geldmarkt. Die IS-Kurve stellt dabei mögliche Gleichgewichte auf dem Gütermarkt dar, wobei I für Investitionen und S für Sparen steht. Die LM-Kurve zeigt Gleichgewichtssituationen auf dem Geldmarkt auf. Hier entspricht Nachfrage nach Geld bzw. Liquidität (L) der angebotenen Geldmenge ( $M = M^S$ ).

ein verändertes Geldangebot ausgehen, werden in diesem Modell annahmegemäß ausgeblendet.

**Abbildung 3. Ausgangspunkt der makroökonomischen Analyse**



*In Anlehnung an: Sell, F. L.; Reinisch, D.C., 2010*

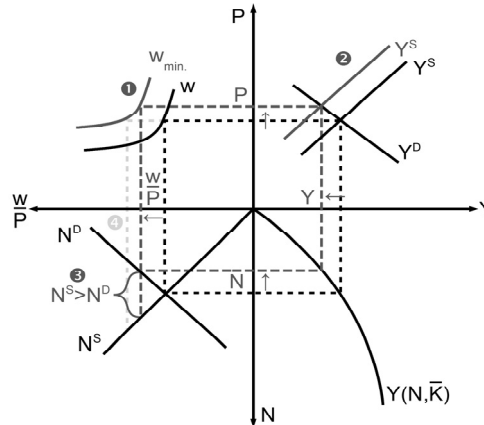
### Angebotsseitige Auswirkungen eines Mindestlohnes

Wie schon zuvor erwähnt, ist ein Mindestlohn ein Mindestpreis auf dem Arbeitsmarkt. Der Sinn besteht darin, die Anbieterseite zu schützen. Um eine Wirkung entfalten zu können, muss ein Mindestpreis und somit auch der Mindestlohn oberhalb des Marktpreises liegen. Davon ist beim Mindestlohn auch auszugehen, da ein wichtiges Argument für den Mindestlohn ist, dass die aktuellen Marktpreise aber auch Tariflöhne zu niedrig sind. Gerade dieser Umstand soll durch die Einführung eines Mindestlohnes behoben werden.

(1) Die Einführung eines Mindestlohnes, der oberhalb des aktuellen Gleichgewichtslohnes liegt, würde zunächst die Iso-Nominallohnlinie vom Ursprung des Koordinatensystems weg nach links verschieben. Für die Unternehmen bedeutet diese Lohnerhöhung eine Kostensteigerung. Dies hat zur Folge, dass sie höhere Preise verlangen müssen. Auf dem Gütermarkt (2) führt dies dazu, dass die Funktion des gesamtwirtschaftlichen Angebots ( $Y^S$ ) nach oben verschoben wird. Es kommt somit zu einem neuen Gleichgewicht auf dem Gütermarkt, wobei gegenüber der Ausgangssituation (siehe hellgrau gestrichelte Linien) das Preisniveau ansteigt, das Inlandsprodukt aber abnimmt. Somit verschlechtert sich durch die Mindestlohneinführung die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen. Unterstellt man eine gewisse

Preisträgheit der Angebotsseite, so werden diese Effekte mit einer gewissen Verzögerung einsetzen.

**Abbildung 4. Angebotsseitige Auswirkungen eines Mindestlohns**



In Anlehnung an: Sell, F. L.; Reinisch, D.C., 2010

Das gestiegene Preisniveau hat den Effekt, dass die Erhöhung des Reallohnes geringer ausfällt als die Erhöhung des Nominallohns. Im dargestellten Fall kommt es aber trotzdem zu einer, wenn auch geringeren, Reallohnsteigerung. Auf dem Arbeitsmarkt hat der gestiegene Reallohn die Auswirkung, dass das Arbeitsangebot ( $N^S$ ) größer ist als die Nachfrage nach der nun teureren Arbeit (③). Da der Mindestlohn nicht unterschritten werden darf, kann kein Anpassungsprozess zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage stattfinden. Es kommt zu einem Angebotsüberhang bzw. es entsteht Mindestlohnarbeitslosigkeit. Das Beschäftigungsniveau nimmt gegenüber der Ausgangssituation ab. Die Volkswirtschaft ist nicht ausgelastet, Ressourcen liegen brach.

(④) Ergänzend kann noch festgestellt werden, dass das höhere Preisniveau aus Sicht der Arbeitnehmer zwar einen negativen Einfluss auf den realen Einkommenseffekt des Mindestlohnes hat, allerdings begrenzt es auch die Mindestlohnarbeitslosigkeit. Wäre der reale Lohnanstieg gleich dem nominalen, so würde die Mindestarbeitslosigkeit stärker ausfallen und das Beschäftigungsniveau würde noch weiter absinken.

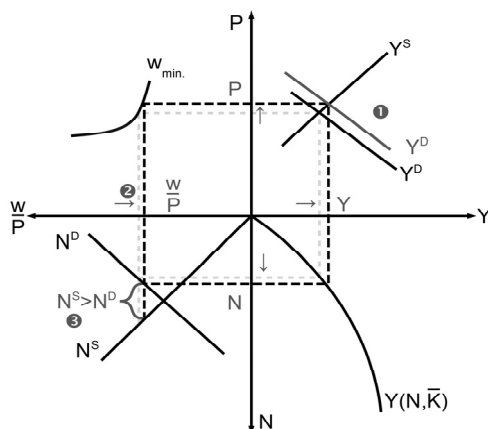
Die volkswirtschaftliche Situation, so wie sie in der Grafik dargestellt ist, entspricht einem Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung.

Das bedeutet, zwei Makromärkte – der Gütermarkt und der Geldmarkt – befinden sich im Gleichgewicht, während auf dem dritten Makromarkt – dem Arbeitsmarkt – Angebot und Nachfrage auseinanderklaffen.

### Analyse der Nachfrageeffekte eines Mindestlohnes

Im Folgenden wird nun dargestellt, wie sich die Ergebnisse verändern, wenn anstelle einer rein angebotsseitigen Analyse auch nachfrageseitige Effekte eines Mindestlohnes berücksichtigt werden. Dabei wird der Argumentation der Befürworter eines Mindestlohnes gefolgt. So wird davon ausgegangen, dass der private Konsum nach der Mindestlohneinführung anzieht. Die Unternehmen werden dies antizipieren, weshalb auch die Investitionsgüternachfrage steigt. Etwaige Auswirkungen auf die NX-Komponente werden ausgeblendet.<sup>31</sup> Der staatliche Konsum wird auch weiterhin als autonom angesehen.

Abbildung 5. Nachfrageseitige Effekte eines Mindestlohns



In Anlehnung an: Sell, F. L.; Reinisch, D.C., 2010

(❶) Der zusätzliche Konsum führt ceteris paribus dazu, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ( $Y^D$ ) vom Ursprung des Koordinatenkreuzes weg nach rechts verschoben wird. Im Vergleich zur rein angebotsseitigen Analyse (siehe hellgrau gestrichelte Linien) steigt das Preisniveau in der Volkswirtschaft noch weiter

31 Die NX-Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage müsste abnehmen. Auf der einen Seite werden heimische Waren teurer und somit geringer im Ausland nachgefragt. Auf der anderen Seite werden auch die Importe steigen, da Teile der Konsumausgaben der privaten Haushalte auch für Importgüter aufgewendet werden. Die Mehrzahl bspw. der Spielwaren und der Textilien wird nicht in Deutschland produziert. Steigt zudem die Nachfrage nach Urlaubsreisen ins Ausland, entspräche dies einem Import von Dienstleistungen. In welchem Maße der Rückgang der NX-Komponente den Anstieg des privaten Konsums und der Investitionen kompensiert, wird hier nicht berücksichtigt. Es zeigt aber, dass eine Schwäche der Mindestlohnbefürworter ist, dass sie rein national argumentieren und die Globalisierung ausblenden.

an. Bezogen auf die volkswirtschaftliche Ausgangssituation (siehe Abb. 3 Ausgangspunkt der makroökonomischen Analyse) kommt es in der Addition von angebotsseitigen und nachfrageseitigen Effekten zu einer sehr starken Preisniveauerhöhung. Allerdings kommt es infolge des gestiegenen Konsums zu einem höheren Inlandsprodukt als in der Betrachtung des vorangegangenen Kapitels. Im vorliegenden Fall liegt das Inlandsprodukt aber noch leicht unterhalb von  $Y^*$ .

(2) Der erneute Anstieg des Preisniveaus hat wiederum einen negativen Effekt auf die Reallohne. Der Reallohneffekt der nominalen Lohnerhöhung nimmt weiter ab. In der Abbildung liegt der neue Reallohn nur noch knapp über dem Ausgangsniveau.

Der reduzierte Reallohn wirkt sich in Kombination mit dem Anstieg des Inlandsprodukts aber positiv auf die Beschäftigung in der Volkswirtschaft aus. Das Beschäftigungsniveau steigt gegenüber der rein angebotsseitigen Betrachtung und hat sich dem Gleichgewichtsniveau in der Ausgangssituation wieder angenähert.

(3) Die Mindestlohnarbeitslosigkeit ist zudem gesunken. Das liegt daran, dass der Mindestlohn zwar nominal nicht unterboten werden darf, die Lohnhöhe durch die Preisniveauerhöhung jedoch real abgenommen hat.

Sell und Reinisch nennen dieses Phänomen das Mindestlohnparadoxon (vgl. Sell, F. L.; Reinisch, D.C., 2010, S. 203). Es sagt folgendes aus: Je mehr der Konsum infolge einer Mindestlohneinführung steigt, desto geringer fällt der Reallohneffekt der nominalen Lohnerhöhung aus. Ein starker Konsumanstieg, so wie ihn die Befürworter eines Mindestlohnes vorhersagen, würde dazu führen, dass ein Großteil der realen Einkommenseffekte verpuffen würde.

Es ist daher fraglich, ob der angenommene expansive Konsum der privaten Haushalte wirklich von Dauer ist. Dies könnte nur begründet werden, falls die privaten Haushalte einer ausgeprägten Geldillusion unterlägen.

### **Rationalisierungs- und Substitutionseffekte**

In der vorangegangenen Analyse wurde gezeigt, dass im Zusammenspiel von nachfrage- und angebotsseitigen Aspekten die Reallohneffekte einer Mindestlohneinführung durch den Anstieg des Preisniveaus sehr stark zurückgedrängt werden. Dies ist umso stärker der Fall, je mehr der private Konsum durch den Mindestlohn angekurbelt wird. Es ist daher durchaus fraglich, ob ein Mindestlohn die gewollte positive Wirkung auf die finanzielle Absicherung hat.

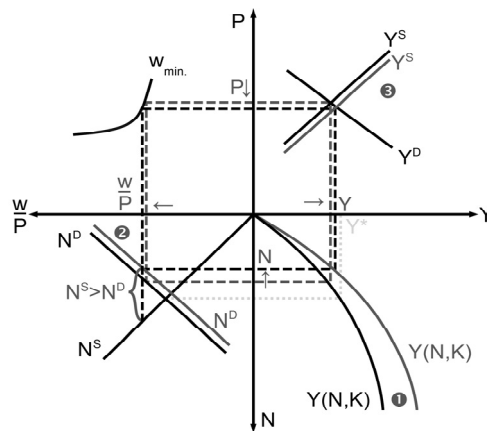
Es ist sogar durchaus möglich, dass ein Mindestlohn für die Arbeitnehmerschaft in Gänze negative Folgen hat. Dies wäre dann der Fall, wenn die Unternehmen Arbeit durch Kapital substituieren. Ein solches Szenario ist durchaus plausibel. Zum einen bewirkt die Mindestlohneinführung, dass der Faktor Arbeit im Verhältnis zum Faktor Kapital relativ gesehen teurer wird. Zwar steigen durch die Erhöhung der Arbeitskosten auch die Herstellungskosten für neue Anlagen und

das gestiegene Preisniveau betrifft auch Investitionsgüter, es ist aber nur schwer vorstellbar, dass sich Arbeit und Kapital in gleicher Weise verteuern.

Die Unternehmen könnten sich daher veranlasst sehen, auf kapitalintensivere Produktionsverfahren umzusteigen. Ein spezieller Kostendruck betrifft zudem die Unternehmen, die sehr stark für ausländische Kundschaft produzieren. Der Mindestlohn würde die heimische Wirtschaft einseitig gegenüber der ausländischen Konkurrenz belasten. Exportorientierte Unternehmen würden nach Wegen suchen müssen, diese Kostenerhöhung zu kompensieren, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Im voran gegangenen Kapitel wurde zudem angenommen, dass die Unternehmen zusätzliche Investitionen tätigen, da sie infolge der Mindestlohneinführung mit einem Konsumanstieg rechnen. Solche Investitionen beinhalten in der Regel auch eine Rationalisierungskomponente, da neues leistungsfähiges Sachkapital angeschafft wird.

Um die Substitutions- und Rationalisierungseffekte in das Modell integrieren zu können, muss zunächst die Annahme  $K = \bar{K}$  fallengelassen werden. Es ergäben sich danach folgende funktionale Veränderungen. (❶) Die neue gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion  $Y(N,K)$  verläuft rechts von der Alten. Das bedeutet, dass die gleiche Menge an Gütern und Dienstleistungen nun mit einem geringeren Arbeitseinsatz als zuvor hergestellt werden kann. (❷) Die Nachfrage der Unternehmen nach dem Faktor Arbeit nimmt ab, da nun kapitalintensiver produziert wird. (❸) Die Unternehmen sind nun in der Lage, ihre Güter und Dienstleistungen günstiger anzubieten. Es kommt somit zu einer Rechtsverschiebung der gesamtwirtschaftlichen Angebotsfunktion. Dieser Effekt kann wegen der schon erwähnten Preisträgheit des Angebots mit Verzögerung auftreten.

**Abbildung 6. Substitutions- und Rationalisierungseffekte infolge einer Mindestlohneinführung**



*eigene Darstellung*

Das markanteste Ergebnis ist die im Vergleich zur vorangegangenen Analyse (siehe hellgrau gestrichelte Linien) sehr stark angestiegene Mindestlohnarbeitslosigkeit. Dabei sind die Annahmen aus Sicht der Befürworter eines Mindestlohnes durchaus optimistisch. Denn das Ergebnis, dass nun das alte Gleichgewichtsinlandsprodukt (hellgraues  $Y^*$ ) fast wieder erreicht wird, ist der Annahme geschuldet, dass der Konsum der privaten Haushalte weiterhin auf dem hohen Niveau verharret, das es durch die Mindestlohneinführung eingenommen hat.

Schon im vorherigen Kapitel wurde darauf hingewiesen, dass durch das Mindestlohnparadoxon ein dauerhafter Konsumanstieg fragwürdig ist, da der Preisniveauanstieg den Reallohneffekt reduziert. Nun, da zudem Rationalisierungs- und Substitutionseffekte greifen und Arbeitskräfte freigesetzt werden, erscheint diese Annahme als noch fraglicher. Wahrscheinlicher ist es, dass die privaten Haushalte mit der Zeit ihren Konsum wieder zurückfahren werden, was zu einem Absinken des Inlandsproduktes und zu noch höherer Arbeitslosigkeit führen würde.

### Fazit

Im Vergleich zu vielen anderen EU-Staaten steht Deutschland sehr gut da. Ein Grund hierfür liegt sicherlich in der relativen Lohnzurückhaltung der letzten Jahren. Die Einführung eines bundesweit einheitlichen Mindestlohnes könnte jedoch zur Folge haben, dass ein Teil der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands verloren geht.

Ein Blick auf Preisniveaus von Deutschland und seiner Nachbarstaaten zeigt, dass das deutsche Preisniveau mit einem Wert von 103,4 unterhalb des Durchschnitts im Euroraum liegt. Im Vergleich zu den Nachbarstaaten, die zu den alten westlichen Industrienationen zählen, ist das Preisniveau z. T. sehr niedrig. Verglichen mit den Werten der ehemaligen Transformationsländer Polen und Tschechische Republik ist es aber sehr hoch (vgl. Eurostat, 2012). Eine mit der Mindestlohneinführung einhergehende Preisniveauerhöhung würde die deutsche Wirtschaft wahrscheinlich asymmetrisch treffen. Die ostdeutschen Bundesländer würden aufgrund ihrer geografischen Nähe zu Polen und Tschechien stärker beeinträchtigt werden als die westdeutschen Bundesländer.

Ein moderater Mindestlohn wäre unkritisch, wenn er lediglich dazu führt, dass der anomale Ast der Arbeitsangebotsfunktion nicht greifen kann. Solch ein Mindestlohn würde den Marktmechanismus nicht oder kaum beeinträchtigen, sondern er würde ein Absinken der Löhne verhindern. Zwar hat die soziale Absicherung den Charakter einer faktischen Preisuntergrenze auf dem Arbeitsmarkt, dies gilt aber nur für deutsche Arbeitnehmer und somit für deutsche Unternehmen. Osteuropäische Konkurrenten sind davon nicht betroffen. Zudem würde ein Mindestlohn – und das scheint ein besonders wichtiger Grund zu sein – einen starken symbolischen Charakter haben. Es „besteht die reale Gefahr, dass aus wahltaktischen Gründen der Mindestlohn zu hoch

und damit beschäftigungsfeindlich festgesetzt wird“ (Rürup, B., 2008, S. 7). Die Folge eines solchen Mindestlohnes wäre ein Anstieg der Arbeitslosigkeit. „Kaum jemand wird bestreiten, dass der Mindestlohn in Frankreich [...] zu hoch festgesetzt wurde und eine wichtige Ursache namentlich für die hohe Arbeitslosigkeit bei den Jüngeren ist.“ (Ibid., S. 6) Auch die im Vergleich zu Deutschland schlechte gesamtwirtschaftliche Lage ist sicherlich darauf zurückzuführen. Die gesamtwirtschaftliche Analyse in einem 4-Quadranten-Schema hat zudem gezeigt, dass auch das Argument, ein (relativ hoher) Mindestlohn würde zu einem Konsumanstieg und damit zu mehr Beschäftigung und Wachstum führen, nicht stichhaltig ist. Selbst wenn es zu einem Anstieg der Konsumausgaben der privaten Haushalte kommen sollte, würde ein Großteil dieses Reallohneffekts durch Preisniveausteigerungen verpuffen. Was bliebe, wäre ein höheres Preisniveau und der Anstieg der Arbeitslosigkeit durch einsetzende Rationalisierungs- und Substitutionseffekte. In einem solchen Umfeld wäre auch die Annahme einer Konsumzunahme kaum haltbar. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass nach einiger Zeit die privaten Haushalte ihren Konsum wieder zurückfahren werden. Ein selbsttragender positiver Effekt erscheint demnach nicht plausibel.

Ein zu hoher Mindestlohn, und sei er noch so wünschenswert, wird letztlich sehr negative Folgen haben. Es scheint daher geboten, einen anderen Weg zu finden, um unerwünschte Effekte von Niedriglöhnen zu kompensieren. Ein moderater Mindestlohn flankiert mit einem Kombilohnmodell, so wie es in Großbritannien vorzufinden ist, scheint eine gangbare Lösung zu sein.

### **Literatur**

- Berthold, N.; Berchem, S. von (2005): Hartz IV – eine vertane Chance nutzen, Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Nr. 79.
- Bode, O. H.; Lehmann, C.; Redeker, U. (2011): Volkswirtschaftslehre – Eine Einführung in ein oft verkanntes Fachgebiet, 3., erweiterte Auflage, Marburg.
- Bode, O. F. (2000): Allgemeine Wirtschaftspolitik, München und Wien.
- Bundesbank (2010): Monatsbericht 07/2010, 62. Jahrgang, Nr. 7, Frankfurt.
- Burda, M. C.; Wyplosz, C. (2009): Makroökonomie – Eine europäische Perspektive, 3. Auflage, München.
- Cassel, D.; Kaiser, C. (2000): Euckens Prinzipien als Maxime der Wirtschaftspolitik, in: Leipold, H.; Pies, I. (Hrsg.): Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft Vol. 64, München, S. 84-102.
- Eucken, W. (1952/90): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. durchgesehene Auflage, Tübingen.

- Eurostat (2012): Vergleichende Preisniveaus, in: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsier010>, abgerufen am: 18.7.2012
- Financial Times (2010): Lagarde criticises Berlin policy, 15.3.2010.
- Financial Times Deutschland (2005): Unterschätztes Unglück Arbeitslosigkeit, 1.3.2005, S. 18.
- Financial Times Deutschland (2010a): Wachstumsgraben teilt Europa, 15.7.2010, S. 14.
- Frey, B.; Stutzer, A. (2002): What Can Economists Learn from Happiness Research?, *Journal of Economic Literature*, Vol. 40, No. 2, S. 402-435.
- Hans Böckler Stiftung (2010): 70 Prozent der Bevölkerung für gesetzlichen Mindestlohn - Mehrheit auch unter Selbstständigen und Gutverdienern, in: URL: [http://www.boeckler.de/36631\\_1149.htm](http://www.boeckler.de/36631_1149.htm), abgerufen am: 5.7.2012.
- Hüther, M. (2010): „Die Realität heißt Mindestlohn“, *Frankfurter Rundschau*, in: URL: <http://www.fr-online.de/doku---debatte/iw-direktor-huether--die-realitaet-heisst-mindestlohn-,1472608,2748282.html>, abgerufen am: 10.7.2012.
- Koch, W. A.; Czogalla, C.; Ehret, M. (2008): *Grundlagen der Wirtschaftspolitik*, 3. Auflage, Stuttgart.
- Markwardt, G. (2008): *Wahlen und Konjunkturzyklen*, Wiesbaden.
- Nordhaus, W. D. (1975): The political business cycle, in: *Review of Economic Studies*, Jg. 42, 169-190.
- Rürup, B. (2008): Schutz vor Niedriglöhnen oder Arbeitsplatzvernichter: Für und Wider die Festsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns, in: *ifo Schnelldienst* 6/2008, Jg. 61, S. 5-7.
- Sinn, H. W. (2006): Der Sozialstaat zahlt fürs Nichtstun, in: URL: <http://www.welt.de/print-welt/article153413/Der-Sozialstaat-zahlt-fuers-Nichtstun.html>, abgerufen am: 8.7.2012.
- Sinn, H. W. (2008): Mindestlöhne unterminieren die Gesellschaft, in: URL: [http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/B-politik/10echomitarb/\\_echomitarb?item\\_lin k=ifostimme-SZ-01-04-08.htm](http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/B-politik/10echomitarb/_echomitarb?item_lin k=ifostimme-SZ-01-04-08.htm), abgerufen am: 8.7.2012.
- Sell, F. L.; Reinisch, D.C. (2010): Das Mindestlohnparadoxon, in: *WiSt* 4/2010, Jg. 39, S. 199-203.
- Winkelmann, L.; Winkelmann, R. (1998): Why Are the Unemployed So Unhappy? Evidence from Panel Data, *Economica* Vol 65, No 257, S. 1-15.